



**E.ON, RWE  
entmachten!**

Strom, Gas und Wasser wieder bezahlbar  
machen! Für eine Energieversorgung  
und Netze in Gemeineigentum – ökologisch,  
kommunal mit erneuerbarer Energie!  
[www.original-sozial.de](http://www.original-sozial.de)

**DIE LINKE.**

**Dorothee Menzner**  
Energiepolitische Sprecherin der  
Bundstagsfraktion DIE LINKE.



**Linke Energiepolitik 4**



**Untersuchungsausschuss 8**



**Energiewende? 18**



**6 Castor-Rede**



**16 Atomarbeiter**



**20 Japanreise**

**Dorothee Menzner, MdB**

**Platz der Republik 1**

**11011 Berlin**

Tel: 030 / 227 73 168

Fax: 030 / 227 76 166

Mail: dorothee.menzner@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Salzgitter**

**Berliner Straße 65**

**38226 Salzgitter**

Tel: 05341 / 790 5653

Mail: dorothee.menzner@wk.bundestag.de

**Regionalbüro Küste**

**Marktstraße 19**

**26603 Aurich**

Tel: 04941 / 973 0659

Fax: 04941 / 973 9341

Mail: martin.heilemann@dorothee-menzner.de

**Büro Wendland**

**Marschorstraße 57**

**29451 Dannenberg**

Tel: 05861 / 806 9053

Fax: 05861 / 986 527

Mail: dieter.schaarschmidt@dorothee-menzner.de

**Web: [www.dorothee-menzner.de](http://www.dorothee-menzner.de)**

# Halbzeit im Bundestag

Zwei Jahre ist es her, im Bundestagswahlkampf 2009 bin ich im Treckerkonvoi der Anti-Atom-Bewegung mit nach Berlin gefahren. Mit einer machtvollen Demonstration im Regierungsviertel kündigten damals Zehntausende an, dass sie sich die von der Kanzlerin angekündigte Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nicht gefallen lassen würden. Und als am Wahlabend klar war, dass ich zum zweiten Mal als Abgeordnete der Linken in den Bundestag einziehen würde, um entschlossene Oppositionspolitik gegenüber der nunmehr schwarz-gelben Regierung zu betreiben, entschied ich mich, diesmal für die Funktion der Energiepolitischen Sprecherin meiner Fraktion zu kandidieren. Ich wollte die Interessen der Anti-Atom-Bewegung, der ich seit meiner Jugend verbunden bin, noch wirksamer im Parlament vertreten. Mit dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung war zudem klar, dass die Stimmen der Opposition für die Einsetzung eines Untersuchungs-

ausschusses zum Thema Gorleben reichen würden. Ans Licht zu bringen, wie eigentlich vor mehr als 30 Jahren die Entscheidung für Gorleben als möglichen Endlagerstandort zustande gekommen war, schien mir eine wichtige Aufgabe im gemeinsamen Kampf gegen das Festhalten an dem als Endlager denkbar ungeeigneten Salzstock zu sein.

Zwei turbulente politische Jahre folgten, in denen die Energiepolitik einen unerwarteten Bedeutungszuwachs erfuhr und ich auf unzähligen Demonstrationen, Aktionen und Versammlungen überall im Land die Positionen der LINKEN zu Laufzeitverlängerung, Atomausstieg und Energiewende vertreten habe. Jetzt, zur Halbzeit der Legislatur, möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen, aber auch den Genossinnen und Genossen meiner Partei, die mich in das Parlament entsendet haben, einen Einblick in die Arbeit geben, die ich in Berlin leiste. Natürlich habe ich mich auch dort nicht nur

Mit dem Trecker in den Bundestag. September 2009



auf Fachpolitik beschränkt. Ich habe an den Grundsatzdiskussionen in Partei und Fraktion ebenso teilgenommen wie an den Antinaziaktionen in Dresden. Doch für all das reichte der Platz in dieser kleinen Broschüre nicht aus. Ich verstehe sie eher als Gesprächsangebot für alle, die an der Politik der LINKEN interessiert sind.

A handwritten signature in blue ink that reads 'D. Menzner'.

*Dorothee Menzner*

# Worüber wir reden müssten

## Konzerne blockieren die Energiewende

Wir müssen sofort raus aus der Atomkraft, Kohleverstromung muss abgeschafft werden, wir brauchen mehr Erneuerbare Energien und wir alle müssen Strom sparen. Lässt sich Energiepolitik auf diese Forderungen reduzieren?

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist sich der Konsequenzen unseres Energiehunger inzwischen bewusst. Wenn die Klimaerwärmung eingedämmt werden soll, müssen vor allem die Industrienationen ihren Energieverbrauch dramatisch eindämmen und ihn regenerativ decken. Also ohne Ausbeutung natürlicher Ressourcen und ohne weiter massenhaft Treibhausgase in die Atmosphäre zu entlassen. Welche Debatte führen wir aber in Deutschland? Die öffentliche Diskussion ist von der Meinungsmache der Atom-, Kohle- und Öllobbyisten geprägt. Wer erinnert sich

nicht an die Verkündungen des Atomforums, das bei der Rücknahme der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke groß herumgetönt hat, jetzt würde der Strompreis explodieren? Angeblich sei die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet und der Wirtschaftsstandort BRD sei gefährdet. Was hier passiert, ist ebenso durchsichtig wie kontraproduktiv.

In der Öffentlichkeit wird nicht davon geredet, welche Chancen und welches Potenzial eine völlig neue Form der Energiebereitstellung haben kann. Es wird nicht darüber gesprochen, was wir dafür tun müssen und welchen Vorteil besonders unsere Nachkommen von unseren Bemühungen haben

werden. Wir sprechen nicht darüber, dass wir mit einer Energiewende auch soziale Standards einführen könnten, die sichern, dass nie wieder jemandem der Strom abgeschaltet wird, weil er nicht bezahlen kann. Diese Debatte wird bewusst verhindert.

*Atom- und Kohlestrom kann nur dank staatlicher Subventionierungen extrem billig hergestellt werden*

Denn die Atom- und Kohle-Industrie hat erkannt, dass der Wunsch der Menschen nach anderen Formen von Energie ihren Todesstoß bedeutet. Atom- und Kohlestrom kann nur dank staatlicher Subventionierungen extrem billig hergestellt werden, wird aber teuer an die Verbraucher verkauft. Eine Profitmaschine für die Energiewirtschaft. Dieses Relikt – fossile und atomare Energiegewinnung – stammt aus einer Zeit, in der man die Menschen Glauben gemacht hat, das Wirtschaftswachstum sei für den Wohlstand der Menschen notwendig und „billige“ Ener-



gie wiederum für das Wirtschaftswachstum. Dieses Relikt bestimmt aber bis heute den deutschen Energiesektor. Sein Bewahrer ist das Oligopol aus E.on, RWE, EnBW und Vattenfall. Und genau dieses Oligopol besitzt ein existenzielles Interesse daran, seine Profitmaschine wie eh und je weiterlaufen zu lassen. Das energiepolitische Tagesgeschäft der Regierenden im parlamentarischen Bereich besteht deshalb nicht etwa darin, sich mit dem zu beschäftigen, was im Interesse der Menschen, des Klimaschutzes und der nächsten Generationen zu tun wäre, sondern es reagiert unreflektiert und ausschließlich auf die Interessen dieses Oligopols. Lobbyisten der energieintensiven Unternehmen und der Energiewirtschaft sind seit Jahrzehnten mit Erfolg in Parlamenten und Regierungen tätig und bestimmen dank finanzstarker Medienunternehmen den öffentlichen Diskurs. Sie schüren Angst vor Preisexplosionen, Energieausfällen und Verelendung, wenn nicht nach ihrem Gusto entschieden wird. Diese Kreise haben uns aber in die fossile und atomare Abhängigkeit, in der wir jetzt

feststecken, gebracht – und zwar mit allen Folgeerscheinungen. Das energiepolitische Tagesgeschäft der LINKEN besteht daher vor allem in Aufklärung, Richtigstellung und Gegendarstellung. DIE LINKE ist die einzige gesellschaftliche Kraft, für die das ökologische Problem untrennbar mit der sozialen Frage verknüpft ist. Deshalb ist Energiepolitik für DIE LINKE auch eng mit der Eigentumsfrage verbunden. Unsere Forderung, die Energiekonzerne zu zerschlagen, in öffentliches Eigentum zu überführen und massiv in die Rekommunalisierung und Dezentralisierung des Energiesektors zu setzen, zeigt den einzig gangbaren Weg auf, Klimaschutz und sozialen Bedürfnissen gemeinsam Rechnung zu tragen. Bis dies erreicht werden kann fordern wir, dem Profitstreben der Energiewirtschaft zumindest mit einer staatlichen Preisaufsicht einen Riegel vorzuschieben. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keinen Klimaschutz. Und ohne den Erhalt unserer Umwelt gibt es keine soziale Gerechtigkeit, vor allem nicht für unsere Nachkommen.

# Eine Sternstunde der Demokratie

## Auszüge aus dem Redeprotokoll zur aktuellen Stunde am 10.11. 2010 zum Thema Castor-Proteste

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vorab zwei Feststellungen: Erstens. Ich glaube, wir hätten hier eine etwas bessere Debatte, wenn auch der eine oder andere Kollege, bzw. die eine oder andere Kollegin der Koalition in den letzten vier Tagen im Wendland gewesen wäre und hier nicht nur die Bild-Zeitung zitieren würde.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Zum Zweiten. Die Bürgerinnen und Bürger, die Initiativen und die Bauern brauchen keine Parteien, um aktiv zu werden. Sie machen das schon ganz alleine, und zwar seit 30 Jahren.

*(Volker Kauder (CDU/CSU): Sie reden auch ständig über Sachen, die Sie nicht persönlich kennen!)*

Ja, sie haben provoziert. Viele Menschen, viel mehr als in der Vergangenheit, haben provoziert: bunt, fantasievoll, vielfältig. Ja, sie haben auf Schienen gesessen, und sie ließen dabei vielleicht den einen oder anderen Schotterstein mitgehen.

*(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Mannomann!)*

Ja, sie parkten ihre Trecker, ohne die Straßenverkehrs-Ordnung zu beachten. Ja, sie campierten auf Flächen, die dafür nicht vorgesehen waren. Aber wer provozierte eigentlich? Nicht diese Menschen. Die Provokateure und Diejenigen, die das alles anrührten, waren nicht bei Frost im kalten Wendland. Sie saßen in wohlbeheizten Konzernzentralen und Büros in Berlin, Essen und Dortmund.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Wen habe ich eben mit „sie“ gemeint? „Sie“, das ist zum Beispiel mein Schreinermeister, den ich seit Grundschultagen kenne; er ist übrigens Mitglied des Kirchenvorstandes. „Sie“, das sind Landwirte, die um ihre Existenz bangen. Das sind Schülerinnen und Schüler, die nicht nur ihre eigene Zukunft mit Sorge betrachten, sondern auch die ihrer Kinder und Enkel.

*(Beatrix Philipp (CDU/CSU): Aufklären statt aufhetzen!)*

Viele Menschen waren zum ersten Mal da. Sie waren durch die Laufzeitverlängerung motiviert. Es waren Menschen, die sich mit den Fragen der Nutzung von Atomenergie sehr intensiv beschäftigt haben und wissen, ich habe in den letzten Tagen mit Hunderten gesprochen, ein Castor enthält so viel nukle-

ares Material, wie in Tschernobyl seinerzeit freigesetzt wurde.

*(Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU): Und deswegen wollen Sie ihn entgleisen lassen, oder wie?)*

Ich behaupte, die Mehrzahl der Demonstrierenden wusste mehr als die knappe Mehrheit im Bundestag, die hier am 28. Oktober der Laufzeitverlängerung zugestimmt hat.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Die Demonstrierenden wussten schon im Vorfeld, auf was für Strapazen, aber auch auf was für Gefahren sie sich einlassen. Sie wussten, dass sie sich darauf einlassen, verprügelt zu werden, Tränengas abzukommen und Strafanzeigen zu kassieren. Ich bin mir sicher, das war die Reaktion vieler: Sie werden es auch wieder tun, und zwar so lange, bis die Politik in diesem Lande zur Vernunft kommt und den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und nicht den der Konzerne umsetzt. Wir sollten den Tausenden, die am Wochenende unterwegs waren,

friedlich und fantasievoll demonstriert und blockiert haben, sich bei Minustemperaturen die Nächte um die Ohren geschlagen haben, die sich Schikanen, Schlägen, Tränengas ausgesetzt sahen, danken. Sie haben die Meinung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf die Straße getragen. Sie stießen bei vielen der Beamten auf großes Verständnis. Es waren mehrere Beamte, die mir gesagt haben: Seid ja laut. Viele der Polizisten haben sich gewünscht, auf der anderen Seite zu sein.

*(Beifall bei der LINKEN, bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Den Demonstrierenden gebührt unser aller Dank. Sie haben gelebte Demokratie gezeigt. Sie haben sich demokratisch engagiert und genau das getan, was wir eigentlich immer wieder fordern. Sie sind nicht politikverdrossen, sie mischen sich ein, und sie werden sich weiterhin einmischen. Dafür steht ihnen das Bundesverdienstkreuz oder eher ein Bundesverdienst-X zu. Ich danke Ihnen.



# Aktenberge und betagte Zeugen

## Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Endlager Gorleben

Wenn „Tatort“-Kommissare bei einem Mordfall gar nicht weiterkommen, steigen sie ins Archiv und wälzen Akten. Sie wissen dann meist nicht so richtig was sie suchen, aber sie wissen ungefähr, wo sie suchen müssen. Etwa so geht es auch den Mitgliedern im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Gorleben. Das Wo besteht hier aus geschätzten 1.500 Aktenordnern aus Ministerien und Bundeskanzleramt. Dorothee Menzner, die Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss, und ihre Kolleginnen und Kollegen suchen also die berühmte Nadel im Heuhaufen. Allerdings geht es bei den Ermittlungen nicht wie im „Tatort“ um Mord, sondern um Vertuschungen, Manipulationen und Unwahrheiten. Wie ist es dazu gekom-

men, dass gerade Gorleben und nur Gorleben seit über 30 Jahren erkundet wird, obwohl es immer wieder massive Zweifel an dem Standort gegeben hat? Im Sommer 2009 tauchten Hinweise auf Manipulationen auf, die zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses im März 2010 führten. Wenn man sich nun diese Akten vornimmt, ist es geradezu erstaunlich, wie viele Nadeln im Heuhaufen tatsächlich zu finden sind. Ein Katalog aus 26 Einzelfragen leitet dabei die Ermittlungen, bei denen es darum geht, auf welcher Grundlage die Entscheidungen Niedersachsens 1977 und der Bundesregierung 1983 für Gorleben getroffen wurden, wie die Expertisen dazu zustande kamen, ob Informationen vorenthalten wurden und ob es Beeinflussungen gab. Mitunter sind brisante Informationen in schlecht lesbaren handschriftlichen Vermer-





Die Mitglieder der LINKEN im  
Untersuchungsausschuss

ken versteckt. Wenn etwa ein Ministerialer dem Wissenschaftler sagt, was er in seinen Bericht hineinschreiben soll, was lieber herauslassen. Wenn der Wissenschaftler signalisiert, er habe verstanden, indem er sagt, er würde es „prüfen“. Wenn im Bericht dann das drin steht, was verlangt wurde – all das herauszufinden, ist ein mühsames Geschäft. Zumal bei Akten, die dem PUA überwiegend in einem Zustand überreicht wurden, dass man den Eindruck hat, jemand hat sie zwischendurch einmal in die Luft geworfen und dann alles wieder so einsortiert, wie die Blätter herunter gesegelt sind.

Die Donnerstage in Sitzungswochen hat Dorothee Menzner für die Zeugenanhörungen reserviert. Die meisten sind Wissenschaftler oder Ministeriale, die an der Gorleben-Entscheidung mitgewirkt haben. Eine gewisse Spannung liegt dann in der Luft des Europasaaus im Paul-Löbe-Haus, dem runden Sitzungssaal im 4. Stockwerk über der Spree. Jeder hat sich Fragen zurecht gelegt. Doch es ist nicht so wie in Gerichtsszenen aus amerikanischen Filmen, in denen der Zeuge

Broschüre und Dokumentation zu den Erkenntnissen über die Ölflecken im Salzstock, die Gasvorkommen unter Gorleben, die Bohrexpllosion von Lenzen 1969 und das Wissen des Niedersächsischen Kabinetts darüber. April 2011. Online unter [nachhaltig-links.de](http://nachhaltig-links.de)



scharf und mitleidslos ins Verhör genommen wird. Die Opposition muss erst einmal warten, denn in Untersuchungsausschüssen des Bundestags diktiert die Mehrheit die Befragungsordnung und die lässt bald jede Spannung erlahmen. Wer einmal den Spruch vom Untersuchungsausschuss als „schärfstem Schwert der Opposition“ geprägt hat, wusste vermutlich nichts von der sogenannten Berliner Stunde, die die Mehrheitsfraktionen bevorteilt und die Befragung zu einem paradoxen Spiel auf Zeit verkommen lässt. Hinzu kommt, dass leider auch bei geistig noch intakt wirkenden Zeugen allzu oft das Gedächtnis versagt. Ob sie sich mit Vergesslichkeit aus der gerichtsähnlichen Situation retten wollen oder sich wirklich nicht erinnern, bleibt ihr Geheimnis. Und doch liefert fast jede Zeugenaussage – manchmal sogar unbeabsichtigt – das eine oder andere überraschende Puzzlestück, um zu verstehen, welcher Art damals die Allianz war zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die nur eines im Sinn hatte: Atomkraft fördern um jeden Preis.

### Vertuschungen: Gas

Den vielleicht wichtigsten blinden Fleck in der Geschichte der Erkundung Gorlebens als Atommüllstandort deckte Dorothee Menzner am 30.09.2010 bei der Zeugenvernehmung des Historikers Dr. Anselm Tiggemann auf. Sie forderte ihn auf, die Erwähnung der Gasproblematik in einer Kabinettsvorlage von 1977, die man aus einer Fußnote seiner damals wenige Monate alten Studie herauslesen konnte, zu präzisieren.

Der Zeuge Tiggemann, der mittlerweile zum Wissenschaftlichen PUA-Mitarbeiter der Unionsfraktion avanciert war, wand sich zunächst. Doch nachdem Dorothee Menzner insistierte, las er die zentrale Passage einer Kabinettsvorlage vom 2. Februar 1977 ausführlich vor. Ihr Inhalt ist erstaunlich, erst recht, wenn man weiß, dass sie die Entscheidung vom 22. Februar 1977 vorbereiten sollte, bei der Ministerpräsident Albrecht Gorleben überraschend verkündete. Aus dem Papier liest man die gegenteilige Empfehlung heraus. Darin heißt es, dass das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung und

die damals für Erdöl- und Erdgasaufsuchung zuständigen Energieunternehmen Preussag und Brigitta Elwerath „mit großer Wahrscheinlichkeit“ davon ausgehen, „daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rund 3.500 Meter Gas befindet“. Es sei jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, dieses Vorkommen zu erschließen. Aber: *„Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte im Fall einer Erdgasförderung gegeben. Es findet zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Förderung statt, es kann auch davon ausgegangen werden, daß auf niedersächsischer Seite eine Gasförderung verhindert werden kann, es ist jedoch nicht auszuschließen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt auf DDR-Seite mit der Förderung begonnen wird.“*

Die Grenznähe zur DDR und mögliche außenpolitische Probleme waren im Übrigen der Grund, weshalb die damalige Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD) Gorleben zunächst ablehnte. Aus demselben Grund war bereits der Standort Lüttau (Schleswig-

Holstein) aus der Liste gestrichen worden. So stellt man sich keine Kabinettsvorlage vor, die wenige Tage später die Entscheidung für Gorleben herbeiführt. Der Zeuge Tigge-  
mann berichtete ebenfalls, dass über die Gasproblematik bereits im Dezember 1976 zwischen den zuständigen Bergämtern und niedersächsischen Regierungsstellen intensiv diskutiert worden war. Diese Aussage ist ein Novum, weil bislang nicht bekannt war, dass der Westen schon so früh über das Gasvorkommen informiert war. In öffentlichen Anhörungen 1981 und 1983 wurden die Fachleute regelmäßig zu Gasvorkommen befragt. Man wusste, dass die DDR sich bemüht hatte, auf der Ostseite des Salzstocks Gorleben Gas zu fördern und es 1969 zu einer Gasbohrturmexplosion gekommen war. Den tagelangen Brand hatte man nahe der Grenze sehen können. Doch die Experten gaben sich noch in den 1980er Jahren uninformatiert. Das Gas wurde erfolgreich verschwiegen. Warum, wenn es doch angeblich so sicher in der Tiefe lagerte? Zu welchen Reaktionen kann es kommen, wenn sich doch Wegsamkeiten



fast 1500 Aktenbände

Nr. 3 - HZ  
Nr. 4 - HS  
Nr. 5 +  
Hinterziehen

Eutwert

Streng vertraulich!

VS - NfD - Nr. 1

Ihr Zeichen.

für  
für  
1.

bilden und es zu Wechselwirkungen mit dem hochradioaktiven, Wärme entwickelnden Atommüll kommt? All diesen Fragen soll laut Bundesamt für Strahlenschutz erst jetzt nachgegangen werden: reichlich spät, nach 30 Jahren vermutlich sogar unsinnig. DIE LINKE mit Dorothee Menzner als Obfrau machte sich das Gasthema zu eigen, recherchierte mit diesem Schwerpunkt und thematisierte es beharrlich bei Zeugenbefragungen.

**Manipulationen im PTB\*-Zwischenbericht**

Das zentrale Dokument, an dem man Manipulationen aufzeigen kann, ist der sogenannte PTB-Zwischenbericht. Auf seiner fachlichen Grundlage entschied die Regierung Helmut Kohl (CDU) 1983, Gorleben auch untertägig zu erkunden und sich auf diesen Standort zu beschränken. Heute wissen wir, dass an diesem Bericht herumgestrichen, umformuliert und beschönigt wurde was das Zeug hält. Man kann dies nachweisen, wenn man die verschiedenen Entwurfsversionen mit der Endfassung vergleicht, man kann aber auch in Protokollen von Abstimmungsgesprächen

zum PTB-Zwischenbericht zwischen Fachleuten und Ministerialen die Einflussnahme nachweisen. So wurden zum Beispiel am 13.04.1983 Probleme mit Gaszutritten bei den Schachtvorbahrungen und Unsicherheiten in Bezug auf Wasserzutritte erörtert. Der zuständige Beamte aus dem Bundesinnenministerium, Dr. Arnulf Matting, riet daraufhin ab, die Ergebnisse im zusammenfassenden Zwischenbericht zu nennen, es „würde Verunsicherung hervorrufen“, stattdessen wollte man Unsicherheiten vermeiden. Matting wird in der Mitschrift des Gesprächs weiter zitiert: „Schrauben, an denen gedreht werden können(!), sind von PSE [Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung, Mitverfasser des Berichts, d.Red.] aufgezeigt worden, wenn das notwendig ist.“ Der Zeuge Matting, mit diesem Dokument konfrontiert, behauptete, man habe vermutlich Methoden zur Beherr-

sung des Gasproblems gehabt und daher habe er es nicht für notwendig gehalten, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. So lapidar redet jemand 30 Jahre später.

Zum Beispiel auch knapp vier Wochen

*Der Beamte aus dem Bundesinnenministerium riet daraufhin ab, die Ergebnisse im Zwischenbericht zu nennen, es „würde Verunsicherung hervorrufen“.*

danach, am 11.05.1983. Laut dieser Mitschrift nahm Matting da noch einmal gezielter Einfluss auf den Bericht. Zusammen mit dem damaligen Vertreter aus dem Bundeskanzleramt, August Hanning, forderte er die Wissenschaftler auf, die Empfehlung, andere Standorte neben Gorleben zu erkunden, aus dem Bericht zu streichen - was dann auch geschah. Der erste, der sich dazu im Untersuchungsausschuss äußerte, war Prof. Röthemeyer am 1.7.2010. Er bekam die Worte vom Obmann der CDU/CSU in den Mund gelegt: Es habe den fachlichen Rahmen des Auftrags überschritten, eine Empfehlung anderer Standorte auszusprechen. Deshalb habe man darauf verzichten können. Viele Zeugen folgten ihm mit dieser Sprechregelung.

- Die für die Gegenüberstellung erforderliche Vorprüfung soll streng vertraulich und interministeriell ohne

\*PTB ist die Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Hinsichtlich einer möglichen Gefährdung durch äußere Einwirkungen wurden die Kriterien Blauwasser und Radioaktivität

Dieser Vorgang ist beispielhaft für die Vernehmungen im Untersuchungsausschuss: Die Zeugen aus der Ministerialbürokratie schieben schuldhaftes Handeln an die Wissenschaftler ab – schließlich haben diese die Beratung geleistet, auf deren Grundlage die Entscheidungen getroffen wurden. Die Wissenschaftler wiederum, die sich naturgemäß in fachlicher Hinsicht allesamt für nicht beeinflussbar halten, sprechen von Weisungen, die erteilt wurden, die aber angeblich das Fachliche nicht tangierten. Diese Weisungen kamen mitunter in der Form einer „Bitte“ daher, wie die von Dr. Alois Ziegler aus dem Bundesministerium für Forschung und Technik, der die Autoren des PTB-Berichts darum „bat“, den „hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts (...) etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken“. Er war es auch, der am 20.06.1983 in einem Vermerk die Zielvorgabe formulierte, „ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das best-denkbare Endlager irgendwann.“

Manipulationen lassen sich am besten durch Akten aufdecken. Dorothee Menzners Team gelang es zum Beispiel, gewisse „Korrekturen“ der Deckgebirgsmächtigkeit an einer Studie aufzudecken, die sich zunächst gar nicht mit Gorleben befasste: Eine Studie zu Salzstöcken außerhalb Niedersachsens. In den Akten wurde die Mitschrift eines Gesprächs gefunden, bei dem man plötzlich bemerkte, dass man die Deckgebirgstiefe so gewählt hatte, dass Gorleben herausfallen würde. Kurzerhand beschloss man die „Bereinigung“ der Zahl. Die Studie wurde daraufhin „überarbeitet“, das Kriterium Deckgebirgstiefe „korrigiert“. Dieses handfeste Beispiel erhärtet den Verdacht, dass so manches Kriterium den Bedingungen, wie man sie in Gorleben vorfand, angepasst wurde. Was für Gorleben nicht passte, wurde passend gemacht.

#### **Unwahrheiten**

Zur Zeugenvernehmung von Kurt-Dieter Grill reiste eine ganze Gruppe von Zuhörern aus dem niedersächsischen Wendland an. Dort ist Grill, ehemals Landtags- und Bundes-

tagabgeordneter der CDU, für sein jahrelanges intensives Werben für Gorleben als Atommüllstandort bekannt und verhasst. Viele Jahre lang war er Vorsitzender der „Gorleben-Kommission“, die eingerichtet wurde, um einen Dialog mit der Bevölkerung zu mimen. Marianne Fritzen von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg hat das Gremium zuvor einen Geheimbund genannt. Sie war es auch, die vor dem Untersuchungsausschuss erklärte, Kurt-Dieter Grill werde sie ihr Lebtage nicht mehr die Hand geben.

Zur Gorleben-Kommission, die die CDU heute als Dialog-Forum darstellen will, hatten nicht einmal die Medien Zutritt – mit Ausnahme der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung. Aus der Befragung des Zeugen Grill durch die Abgeordnete Dorothee Menzner ergibt sich ein differenziertes Bild, was Grill damals unter Öffentlichkeitsarbeit verstand: Nicht ein neutraler Journalist, Grill höchstpersönlich ging in die Redaktion der Elbe-Jeetzel-Zeitung oder schrieb von zu Hause die Berichte von den Treffen der Gorleben-Kommission. Die-

Die meteorologischen Gegebenheiten am Standort bestimmen die Ausbreitung der radioaktiven Stoffe in der Abluft. Hinsichtlich dieses Kriteriums gibt es aufgrund der Lage der Standorte in der norddeutschen Tiefebene jedoch

ses pikante Detail findet der Zeuge auch heute noch nicht anstößig. Die Frage von Dorothee Menzner, weshalb der NDR sich erst durch Klage Zutritt verschaffen musste, beantwortete Grill lapidar: Die Kommission hätte beschlossen, überregionalen Medien keinen Zutritt zu gewähren – das sei „uninteressant“ gewesen, so Grill.

Nach seiner Mitgliedschaft im Atomforum, der stärksten Lobby-Organisation der Atomindustrie, befragt, stritt Grill ab, jemals dessen Mitglied gewesen zu sein. Wie überraschend, dass er als Mitglied des Verwaltungsrats in mehreren Jahresberichten der neunziger Jahre geführt wird. Er selbst konnte sich nicht erklären, weshalb er dort aufgeführt wird. Er wird lernen müssen, dass Falschaussagen vor dem PUA ein Strafverfahren nach sich ziehen. Tatort-Kommissare finden in den Archiven meist ein fehlendes Puzzlestückchen, das sie bei ihren Ermittlungen einen entscheidenden Schritt weiterbringt. Weil dies aber filmisch eher unattraktiv ist, dauern stundenlange Recherchen in Krimis nur Sekunden. Doch die Arbeit im Untersuchungsausschuss deckt

nicht ein einzelnes Verbrechen auf: es gibt voraussichtlich nicht das eine brisante Dokument, das die Lüge von Anfang bis Ende entlarvt. Es ist die Summe aus vielen einzelnen Vertuschungen, Manipulationen und Unwahrheiten, die mühsam zusammengetragen werden müssen, und die es in der Gesamtschau völlig absurd und unverantwortlich erscheinen lassen, dass so beharrlich an Gorleben festgehalten wurde.

### **Bündnisse und Scharmützel**

Immer wieder sitzt oben auf der Besuchertribüne des Europasaaus ein Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, um sich ein Bild der Zeugenanhörungen zu machen. Ihre Mitglieder beschäftigen sich seit 30 Jahren mit dem Thema und haben sich ein beeindruckendes fachliches Wissen angeeignet. Die BI begleitet die Arbeit des PUA, steht ihrerseits mit kritischen Wissenschaftlern in Kontakt und veranstaltet neben ihrer Kampagnenarbeit Informationstreffen und Tagungen. Mit ihrem Rat steht sie auch der LINKEN immer wieder zur Seite.

Die Zusammenarbeit von LINKEN, SPD und Grünen gelingt im PUA wie kaum sonst im politischen Tagesgeschäft. Dass die Obfrauen Dorothee Menzner (LINKE), Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) und Ute Vogt (SPD) in der Regel an einem Strang ziehen, lässt den Obmann der CDU, Reinhard Grindel, vor solch geballter Frauenpower gelegentlich – gelinde gesagt – die Contenance verlieren. Er ist mittlerweile bekannt für sein mitunter flegelhaftes Verhalten, lautes Dazwischenreden, wenn eine Zeugenbefragung ihm gegen den Strich geht bis hin zu der Unsitte, bei unangenehmen Fragen aus nichtigem Grund eine Beratungssitzung einzufordern. Regelmäßig wird dann mittendrin die Öffentlichkeit ausgeschlossen, in einer Beratungssitzung über die Zulässigkeit von Fragen gestritten, bis man am Ende zu dem Ergebnis kommt, dass die Frage doch gestellt werden kann – denn zur Zurückweisung von Fragen bräuchte man eine Zweidrittelmehrheit, also die Opposition. Immerhin ist dann für den Zeugen, der ebenfalls so lange vor der Tür warten muss, Zeit gewonnen, sich eine geschickte Antwort

Veranstaltung in Dannenberg 22. Juni 2011: v.l.n.r.  
Kurt Herzog (MdL), Johanna Voß (MdB), Dorothee  
Menzner (MdB), Dieter Schaarschmidt.

auszudenken. So durchschaubar diese Manöver sind, so häufig werden sie doch von Seiten der CDU immer wieder angewendet. Erefiern können sich die Regierungsfractionen auch regelmäßig am sogenannten falschen Vorhalt. Man wirft der Opposition dann zum Beispiel vor, aus Dokumenten etwas herauszulesen, was diese angeblich nicht hergeben und den Zeugen damit zu konfrontieren. So kommt es, dass insbesondere die CDU/CSU bei „ihren“ Zeugen, also denen, die in ihrem Sinne aussagen, in die Rolle der Verteidigung schlüpft, obwohl dies einem Verhalten im Untersuchungsausschuss überhaupt nicht angemessen ist.

Der Sinn und Zweck von Untersuchungsausschüssen wird von allen Beteiligten, aber auch innerhalb der Oppositionsfractionen gelegentlich unterschiedlich bewertet. Tendiert man einmal dazu, den PUA als komfortabel mit Mitteln und Personal ausgestattetes Gremium zu sehen, das die Wahrheit um Gorleben aufdeckt, tendiert man andererseits auch immer wieder dazu, den PUA auch als politisches Instrument zu sehen, mit



dem das Thema Gorleben in die Öffentlichkeit gebracht wird. Darüber diskutieren die Oppositions-Obfrauen untereinander immer wieder. Noch nie allerdings konnten Uneinigkeiten die gemeinsame Strategie der drei wirklich beeinträchtigen.

Doch am Ende wird die Frage stehen: Was hat es gebracht? Immerhin hat die bisherige Arbeit des PUA den Verdacht bereits bewie-

sen, dass das Auswahlverfahren und zahlreiche Entscheidungsprozesse nicht wissenschaftlichen Kriterien gehorchten, sondern politischem Kalkül. Am Ende wird es auch der politische Wille sein, der entscheidet, ob ein künftiges Auswahlverfahren unter mehreren Standorten Gorleben überhaupt noch berücksichtigt oder ob man der Region endlich ihren Frieden lässt.

# Werk- und Leiharbeit in Atomkraftwerken

## DIE LINKE. stellte eine kleine Anfrage zum Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in deutschen Atomkraftwerken (Drucksache: 17/5738)

In deutschen Atomkraftwerken werden Werk- und Leiharbeiter/innen bei gefährlichen und arbeitsintensiven Tätigkeiten eingesetzt, die nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern auch die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke gefährden. Strahlenpässe, welche die Verstrahlung eines Beschäftigten über die erlaubte Dosis verhindern sollen, sind europaweit nicht vereinheitlicht. Besonders bei Leiharbeitsbeschäftigten ist diese Dokumentation kompliziert und lückenhaft. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann und Dorothee Menzner von der Linksfraktion. Die Antwort der Bundes-

regierung machte im einzelnen folgende Probleme deutlich.

### Sehr viele Strahlenpässe im Umlauf:

Die Anzahl der Strahlenpässe bewegt sich seit Ende der 1980er Jahre auf einem unglaublich hohen Niveau: Bis zu 85.000 Beschäftigte (Höhepunkt 1992) sind Inhaber eines gültigen Strahlenpasses. Aktuell sind es 67.168 Beschäftigte (2009), deren Zahl seit 2005 von 62.784 wieder stetig ansteigt. Die Bundesregierung ist nicht imstande, die Schwankungen der Anzahl der Strahlenschutzpassinhaber seit 1993 zu erklären.



Prekärer Arbeitsplatz:  
Atomkraftwerk Brokdorf

### Hohe Anzahl von international Beschäftigten:

Die Bundesregierung bekennt, dass das Fremdpersonal in deutschen Atomkraftwerken „meist international“ arbeitet. Die Bundesregierung gibt aber keine Auskunft über die genaue Anzahl der internationalen Be-

schäftigten unter den Fremdbeschäftigten. Es sei nur der Erstwohnsitz, nicht die Nationalität der Beschäftigten bekannt (Frage 3).

### **Internationale Kontrolle unmöglich:**

Die lückenlose Dokumentation von Strahlenpässen ist nicht einmal innerhalb der EU, geschweige denn weltweit möglich. Die Bundesregierung antwortet, „Anerkennungen von Strahlenpässen aus anderen EU-Ländern bzw. anderen Staaten sind möglich, soweit diese mit dem deutschen Strahlenpass vergleichbar sind (Frage 4). Im Klartext bedeutet dies: Die Beschäftigten in deutschen Atomkraftwerken können um ein Leichtes die deutschen wie internationalen Strahlendosen überschreiten, um in zahlreichen Ländern auf verschiedenen Strahlenpässen zu arbeiten.

Die Bundesregierung kann nicht sicherstellen, dass Menschen nicht über den empfohlenen Maximalwert hinaus Strahlung ausgesetzt werden, da sie sich bei der Überwachung der Strahlenexpositionen von Menschen lediglich auf die nationale Strah-

lenschutzverordnung beruft (Frage 7), aber keine konkreten Initiativen oder Kontrollmechanismen angibt. Sie räumt ein, dass die derzeitigen Strahlenpassregelungen nicht ausreichend sind, die zur effektiven Kontrolle notwendigen einheitlichen EU-Strahlenpässe aber noch in weiter Ferne liegen.

### **Fremdpersonal bekommt zunehmend mehr Strahlung ab als Eigenpersonal:**

Der eigentliche Skandal aber ist: Auch unter legalen Maßstäben bekommen die Fremdbeschäftigten den bei weitem größten Anteil der Strahlendosis ab. 2009: 88,3 Prozent der Strahlendosen bekommen Fremdbeschäftigte ab, Stammbeschäftigte 11,7 Prozent, wobei die Strahlenbelastung für Fremdpersonal pro Person im Durchschnitt fast doppelt so hoch ist wie die für das Eigenpersonal.

### **Dazu die Fragestellerin Dorothee Menzner:**

„Die Antwort auf die Fragen lassen durch den zunehmenden Einsatz von Fremdpersonal eklatante Sicherheitsbedenken aufkommen. Es ist unbegreiflich, dass in atomaren Anla-

gen immer weniger Fachpersonal als Eigenpersonal tätig ist. Gerade die sensible Anlagentechnik bedarf besonderer Erfahrung und eines stetigen Besatzes mit Fachpersonal, das auf die Eigenheiten der jeweiligen Anlage spezialisiert ist.

Die dezidierten persönlichen Jahresdosen lassen darauf schließen, dass Fremdpersonal hauptsächlich und zunehmend mit den besonders strahlenexponierten Aufgaben betraut ist. Es ist im Schnitt wesentlich höheren Strahlendosen ausgesetzt als das Eigenpersonal und deshalb offensichtlich mit den am meisten sicherheitsrelevanten Aufgaben betraut. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Der Betrieb atomarer Anlagen muss auch für die wenigen verbleibenden Jahre mit konkreten Vorschriften an die AKW-Betreiber verbunden werden, die ihnen vorschreiben, sich Stammpersonal anzuschaffen, das alleinig für alle sicherheitsrelevanten Bereiche eingesetzt wird. Lohndumping im AKW ist nicht hinnehmbar und verschlechtert die Anlagensicherheit rapide.“

# Was kostet die Energiewende?

**Dorothee Menzner antwortet auf Bürgerfragen: DIE LINKE will eine schnellere Energiewende als die Bundesregierung. Doch wie soll das gehen und vor allem: Wer soll das bezahlen?**

**Wird die Energiewende die Strompreise in die Höhe treiben?**

Nein. Das Schöne an den regenerativen Energiequellen ist ja: Sie kosten nichts. Die Sonne strahlt und der Wind weht umsonst und sie gehören niemandem. Kohlestrom wird künftig durch den Emissionshandel viel teurer. Und die Entsorgung des Atom- mülls wird noch erhebliche Kosten verursachen.

**Warum ist Öko-Strom dann teurer, obwohl er doch zusätzlich subventioniert wird?**

Subventioniert wird Ökostrom nicht, die Förderung besteht in einer Umlage, die alle Verbraucher tragen. Strom aus Atom und Kohle wurde dagegen tatsächlich Jahrzehnte lang subventioniert. Aber die Ökostromanbieter

müssen zunächst einmal hohe Investitionen aufbringen. Zusätzlich klagen sie über erhöhte Durchleitungsgebühren der Netzbetreiber. Doch in wenigen Jahren wird sich das für die Verbraucherinnen und Verbraucher rentieren. Mit einer vernünftigen Strompreis- aufsicht, wie DIE LINKE sie fordert, ginge das sogar noch schneller.

**Werden jetzt immer mehr Windräder gebaut, die unsere Landschaft verschandeln?**

Nicht unbedingt. Die Energieerzeuger sind heute in der Lage, viel größere und effizientere Anlagen zu bauen, deshalb werden es tendenziell sogar weniger. Wo früher acht Windräder standen, steht heute nur noch eins, dank fortschrittlicherer Technik.

**Um den Windstrom von der Küste in den Süden zu transportieren, braucht man neue Stromnetze, heißt es. Werden künftig auch noch massenhaft Hochspannungsmasten in der Landschaft stehen?**

Zuerst brauchen wir einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere auch in Bayern und Baden-Württemberg, die heute noch hochgradig abhängig vom Atomstrom sind. Danach müssen unabhängige Experten prüfen, welche Stromleitungen tatsächlich noch notwendig sind.

**Werden Eigenheimbesitzer zur Wärmedämmung ihrer Häuser gezwungen?**

Nein. Die Bundesregierung hat geplant, die Sanierung durch steuerliche Absetzbarkeit zu fördern. Davon profitieren allerdings die-

jenigen nicht, die wenig Steuern zahlen. Es wäre daher sinnvoller, solche Maßnahmen direkt zu fördern. Darüber wurde aber noch nicht endgültig entschieden.

### **Werden die Kosten für Gebäudesanierung künftig auf die Mieten umgelegt?**

Ja, Vermieter dürfen grundsätzlich einen Teil der Modernisierungskosten auf die Mieten umlegen. Bislang hat die Bundesregierung aber noch keinen Plan, die Explosion von Mieten zu verhindern. DIE LINKE fordert, die Umlage der Sanierungskosten im Mietrecht zu begrenzen.

### **Besteht bei Öko-Stromanbietern nicht die Gefahr, dass das Licht ausgeht, weil Windräder sich eben nicht immer drehen?**

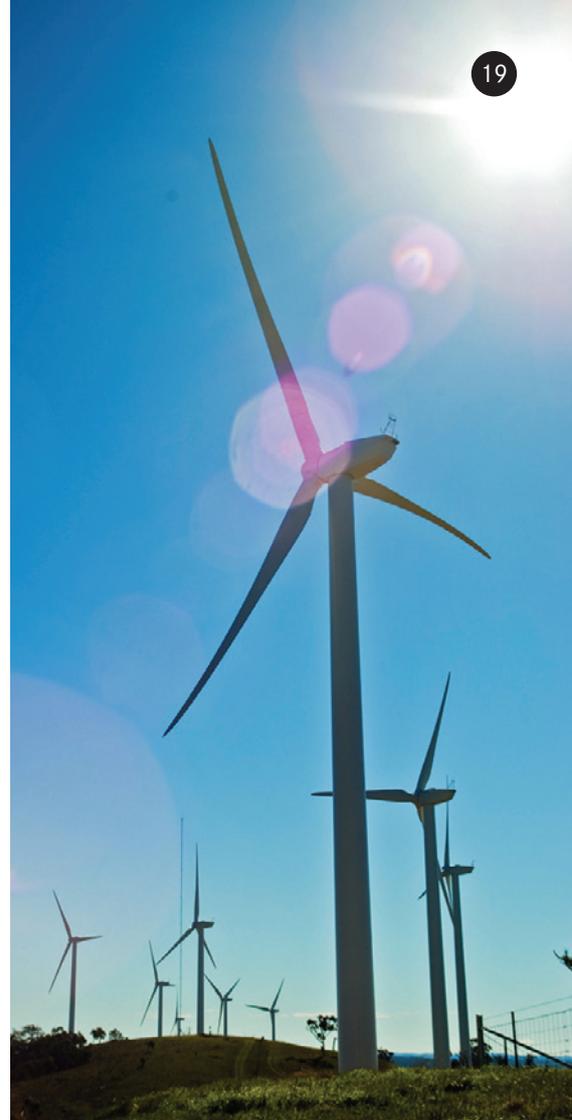
Nein, denn alle Stromkunden erhalten den gleichen Strommix. Es gibt das Bild vom Stromsee, aus dem alle ihren Strom beziehen. Je mehr Kundinnen und Kunden zu Ökostrom wechseln, umso höher wird der Anteil von Ökostrom und umso geringer der Anteil von Kohle- und Atomstrom im See.

### **Geht die Energiewende nicht auf Kosten des Klimas, weil man erst einmal mehr Kohlekraftwerke braucht?**

Nein, es geht auch ohne neue Kohlekraftwerke, wie DIE LINKE in ihrem Energiekonzept gezeigt hat. Wir brauchen flexible Gaskraftwerke als „Brücke“, um die Stromschwankungen der Erneuerbaren auszugleichen, und wir müssen die Erneuerbaren so schnell wie möglich ausbauen.

### **Geht eine Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien überhaupt?**

Ja. Wir müssen dazu aber auf Energieeffizienz setzen, also den Verbrauch drosseln, und wir brauchen für die 100-Prozent-Marke Investitionen in Speichertechnologie, also zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der die Bundesregierung berät, hat dargelegt, dass bis zum Jahr 2050 die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien möglich ist. Nach Meinung von anderen Fachleuten könnte es auch schneller gehen. Doch dazu muss es den politischen Willen geben.



# Japan-Tagebuch

## Erster Tag, Tokio

28. Juli 2011

Nach fast elf Stunden Flug lande ich in Tokio. Vor fünf Jahren war ich schon einmal in dieser Neun-Millionen-Metropole. Diesmal bin ich auf Einladung der ZENKO zu ihrer jährlichen Tagung hier. Auf der Fahrt durch die Straßen sehe ich weniger Ausländer als damals und kaum Kinder. Für letzteres hat mein Dolmetscher, Herr Nakamura, eine Erklärung parat: Wer irgendwie konnte, hat seine Kinder aus der Stadt gebracht. Die Menschen in Tokio schenken der offiziellen Strahlenbelastung bis heute wenig Glauben. Das Thema begleitet

uns beim Mittagessen, bei dem wir meine für die Konferenz geplanten Reden besprechen. Mein Dolmetscher ist inhaltlich hoch zufrieden mit meinen Beiträgen, rät mir allerdings dringend, einen missverständlichen Satz zu streichen. Ich wollte in der Rede sagen, dass wir sehr froh sind, dass es offensichtlich nicht notwendig war, Tokio zu evakuieren. Das Thema ist brisant. Herr Nakamura erklärt mir, die Nicht-Evakuierung Tokios ist für die meisten gerade kein Grund zur Entwarnung. Denn die Tokioter sind der Ansicht, dass es nicht ausreichend unbelastete Lebensmittel für die Kinder gibt. In dieser scheinbaren Randnotiz zeigt sich die Tragweite des Umbruchs, den dieses Land gerade durchlebt.

Später habe ich ein spannendes Gespräch mit dem sozialdemokratischen Unterhausabgeordneten Herrn Hattori. Er ist Sprecher der Abgeordneten gegen Atomkraft. Seine Partei hat ein Konzept vorgelegt, bis 2020 in Japan gänzlich aus der Atomkraft auszusteiigen. Ein



kühner Plan, wenn man bedenkt, dass Japan bis zum Fukushima-Gau am 11.3. dieses Jahres 57 AKW am Netz hatte! Die Fragen, die ich mit Herrn Hattori bespreche, stellen sich in Japan kaum anders als in Europa: Wie die Macht der Stromkonzerne begrenzen? Wie für einen sinnvollen Netzausbau sorgen? Wie sicherstellen, dass die Energieversorgung sozial verträglich gestaltet wird? Wir sind uns einig, dass wir als Politiker gegen die Atommafia nur zusammen mit der außerparlamentarischen Bewegung etwas erreichen können. Ich habe Herrn Hattori eine deutsche „Atomkraft? Nein danke!“-Fahne mitgebracht, die nun seine Bürotür schmückt.

### Japan-Reise 2011

Dorothee Menzner besuchte vom 28. Juli bis 1. August Tokio und Hiroshima auf Einladung der japanischen Sozialisten. Sie wurde gebeten, auf der alljährlichen ZENKO-Konferenz den japanischen Abgeordneten, Genossen und Genossen und Freunden über den deutschen Atomausstieg und die Anti-Atom-Bewegung zu berichten. Der Besuch ist Beginn eines engen Informations- und Erfahrungsaustauschs.

29. Juli 2011

Demonstration gegen Leiharbeit



## Zweiter Tag, Tokio

In Japan beginnt sich an vielen Orten eine Anti-Atom-Bewegung zu formieren. Ein kleiner Teil von ihr ist am heutigen Tag in Tokio in Vorbereitung der ZENKO-Konferenz zu einem Aktionstag aufgebrochen: Einige Dutzend machen sich bei Regen und schwülem Wetter auf den Weg. Hier, an einem zentralen Platz der Metropole, werden gespendete Waren zugunsten der Fukushima-Opfer verkauft. Der Demonstrationszug bewegt sich durch die Stadt auf die erste Station zu: das Ministerium für Erziehung und Wissenschaft. Anders als ich es je in Deutschland erlebt habe, wird eine Delegation der Atomgegner inklusive mir von Ministeriumsvertretern

empfangen. Später auch beim Wohlfahrts- und Arbeitsministerium. Hauptanliegen der Demonstranten ist transparente Lebensmittelkontrolle, Absenkung der Strahlendosisgrenzen und bessere Kontrollen, speziell im Umfeld von Kindern. Auf einer früheren Reise habe ich schon viele Gespräche solcher Delegationen mit Ministeriums-Mitarbeitern erlebt. Für meine deutschen Augen laufen die Gespräche höflich und freundlich ab. Wer sich auskennt, sieht aber, für japanische Verhältnisse sind sie hoch emotional und konfrontativ. Die Ministeriumsvertreter winden sich, bleiben Antworten schuldig und schieben Verantwortung ab. Also nicht anders als wir es kennen. Derweil wird draußen demonstriert und gesungen. Passanten betrachten die Szenerie mit Zustimmung, spontan teilnehmen würden sie aber nicht. Abschließend versammeln sich die Demonstranten vor der TEPCO-Zentrale, der Betreibergesellschaft von Fukushima, einem imposanten und – wie

ich mir sagen lasse – seit März von Polizei geschütztem Gebäude. Die Demonstranten machen ihrem Unmut deutlich Luft. Dennoch wirkt der Protest angesichts der massiven Vorwürfe gegenüber den AKW-Betreibern eher zaghaft. Es entwickelt sich offensichtlich gerade erst eine Demonstrationskultur. Das überschaubare Häuflein Demonstranten wird von einem mächtigen Polizeiaufgebot bewacht. Wie reagiert man wohl in diesem Staat, wenn hier einmal 50.000 oder mehr ihrer Wut und Angst Luft machen?

Demonstration vor der TEPCO-Zentrale



30./31. Juli 2011

# Dritter und vierter Tag, Tokio

Am Rande der ZENKO-Konferenz, auf der ich spreche, lerne ich Masako kennen. Sie ist etwas jünger als ich, hat eine 13-jährige Tochter und soll eigentlich für mich dolmetschen. Aber für mich ist das, was sie mir beim Kaffee von sich erzählt, spannender. Sie wohnte bis März in der Präfektur Fukushima, etwa 40 Kilometer vom AKW entfernt. Wenige Tage nach dem 11.3. hat sich Masako mit Mann und Kind auf eigene Faust in Richtung Süden in Sicherheit gebracht. Es mangelte an Informationen, die Regierung empfahl den Menschen lediglich, möglichst in den Häusern zu bleiben. Die Familie blieb drei Wochen bei Freunden in Osaka. Aber das war kein Dauerzustand und die Tochter litt unter schlechtem Gewissen, weil ihre Freundinnen in der Heimat gelieben waren. Willkommen waren Menschen aus der Region Fukushima in anderen Teilen des Landes nicht. Viele glaubten sogar, die Strahlung sei ansteckend. Kinder wurden in ihrer neuen Schule angefeindet

und ausgeschlossen, Menschen mit einem Autokennzeichen aus Fukushima angegriffen und beschimpft. Auf Drängen der Tochter gingen sie zunächst zurück nach Hause. Aber das Leben in Fukushima schien Masako unmöglich. Was konnte man überhaupt noch einkaufen und kochen und was war mit dem Schulessen? Beim Wasser und bei der Luft zum Atmen gibt es keine Wahl. Schließlich überzeugte Masako ihre Tochter, die Heimat erneut und für länger zu verlassen und nach Tokio zu ihren Eltern zu gehen. Dort sind sie nunmehr seit drei Monaten, allerdings ohne ihren Mann, der als Heilpraktiker hier keine Arbeit findet. Da sie nicht in der Sperrzone lebten, gibt es auch keine staatliche Unterstützung. Inzwischen hat immerhin die Tochter erste neue Freunde gefunden, das schlechte Gewissen bleibt. Und alle leiden darunter, dass die Familie getrennt ist. Masako macht sich nichts vor: auch in Tokio ist die Hintergrundstrahlung erhöht. Momentan es-

sen sie noch Reis aus der vergangenen Ernte, aber was dann? Für Masako wie für so viele Japanerinnen und Japaner bedeuten die vergangenen Monate den Verlust ihrer Heimat und ihres bisherigen Lebens. Sie fühlen sich vom Staat im Stich gelassen. Wie es weiter gehen soll, weiß niemand. Auch ich fühle mich völlig ratlos.



Hiroshima-Dome

1. August 2011

# Fünfter Tag, Hiroshima

Atomenergie und Atombomben sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Hiroshima-Dome, Wahrzeichen und eines der wenigen Gebäude im Zentrum der Stadt, das wenigstens als Ruine der Atombombe widerstand, ist beklemmend. Der Besuch des Hiroshima-Museums ist bedrückend und lässt verstummen. Ähnlich ergeht es mir nur in KZ-Gedenkstätten. Dank unserer Gastgeber war es mir möglich, mit einem Opfer und Zeitzeugen des Bombeninfernos zu sprechen. Keisaburo Toyonaga hat als Neunjähriger überlebt, weil er zum Zeitpunkt des Abwurfs außerhalb der Stadt bei seinen Großeltern war. Er berichtet, wie er nach Tagen der Suche mit seinem Großvater, seine Mutter und seinen dreijährigen Bruder in einer Verletzensammelstelle fand. Hätte sein kleiner Bruder nicht auf die Rufe des Großvaters reagiert und ihnen die Mutter gezeigt, sie hätten beide wegen der Verbrennungen und Entstellungen nicht erkannt. Die Familie nimmt die beiden Schwerverletzten

mit. Medikamente oder medizinische Hilfe gibt es nicht. Herr Keisaburo ist trotz seiner geringen körperlichen Größe eine kraftvolle Erscheinung und Persönlichkeit. Nur so kann ich mir erklären, wie ein Mensch dieses Leid und jahrzehntelange Kämpfe um Übernahme der Behandlungskosten und gegen Diskriminierungen ertragen kann ohne verbittert zu werden. Er sieht seine Aufgabe darin, jungen Menschen von seinen Erlebnissen zu berichten, damit so etwas nie wieder geschieht. An unserem Gespräch nimmt auch Herr Yukio Yokohara teil. Er ist Vorsitzender der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und auch gegen Atomkraft und für globale Gerechtigkeit aktiv. Auch in Japan werden die unterschiedlichen Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens zusammen gedacht und bearbeitet. Wir diskutieren mögliche Aktionsformen. Der Bildband über Gorleben findet reges Interesse – auch als Anregung für eigenes Tun. Mög-



23

lichkeiten weiterer Kooperation loten wir aus. Ich hoffe, dass die japanischen Freunde uns Informationen beschaffen können, an die wir in Deutschland nicht heran kommen. Dabei ist es - wie ich erfahre - erschreckenderweise umgekehrt: viele Informationen, die die japanische Öffentlichkeit über den Stand im explodierten AKW in Fukushima bekommt, erhält sie nur aus dem Ausland, speziell aus Deutschland. Die japanische Regierung und TEPCO mauern weiter. Gerade deshalb müssen wir unsere intensiven Recherchen fortsetzen und unsere Erkenntnisse - auch für die japanische Öffentlichkeit - publizieren. Ich bin mir sicher, dass dieser Tag der Beginn einer engen Kooperation ist.

Bild oben: Dorothee Menzner zwischen Yukio Yokohara, Vorsitzender der Vereinigung gegen Atom- und Wasserstoffbomben und Keisaburo Toyonaga, Überlebender der Atombombe

Bild: Parlamentsfernsehen, Dorothee Menzner präsentiert den Mitgliedern des Bundestages das erste politische Poster in der Jugendzeitschrift „Bravo“ im März 2011



Dorothee Menzner ist energiepolitische Sprecherin und stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

#### **Dorothee Menzner ist Mitglied**

- \* im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- \* im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben (als Obfrau)
- \* in der Bundesnetzagentur
- \* in der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe
- \* im Arbeitskreis II (Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt) der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

#### **Lebenslauf**

- \* geboren 1965 in Darmstadt
- \* ab 1986 Studium Architektur, Diplom im Herbst 1996
- \* seit Mai 1997 Mutter eines Sohnes
- \* 1999-2002 Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion
- \* seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG